

# Der Freisinn FDP

Nr. 5  
Mai 1986  
8. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern.  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Orell Füssli Werbe AG  
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich  
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Ausmass und Folgen der Schattenwirtschaft

## Mehr als ein Phänomen?

Seit einigen Jahren beschäftigen sich die Ökonomen mit dem Phänomen der sogenannten Schattenwirtschaft. In der Schweiz wird ihr Anteil auf drei bis sechs Prozent des Sozialproduktes geschätzt. FDP-Nationalrat Kaspar Villiger (Pfeffikon LU) hat deshalb dem Bundesrat in einer Interpellation zahlreiche Fragen gestellt. Er begründete seinen Vorstoss wie folgt:

Unter Schattenwirtschaft versteht man nicht nur die klassische Schwarzarbeit, sondern ganz allgemein die Produktion von an sich legalen Sachgütern und Dienstleistungen, welche die daran Beteiligten vor den Behörden zu verbergen suchen, um Steuerzahlungen und Sozialabgaben zu vermeiden oder um staatlichen Regelungen zu entgehen. Weiter fällt darunter die Produktion von illegalen Gütern und Dienstleistungen. Volkswirtschaftlich von Interesse sind wohl vornehmlich die erlaubten Tätigkeiten, bei denen Abgaben bewusst hinterzogen und staatliche Regulierungen bewusst missachtet werden. Sicherlich dürfen Tätigkeiten wie Hausfrauenarbeit, spontane Nachbarschaftshilfe, Do-it-yourself-Aktivitäten usw. aus den Betrachtungen ausgeschlossen werden, obwohl sie bisweilen ebenfalls zur Schattenwirtschaft gerechnet werden.

### Auch in der Schweiz

Eine vom Schweizerischen Nationalfonds finanziell unterstützte Studie (Weck-Hannemann, Pommerhne, Frey: «Die heimliche Wirtschaft») untersucht die Schattenwirtschaft in der Schweiz. Sie kommt zum Schluss, dass Schwarzarbeit praktisch in

allen Berufs- und Bevölkerungsgruppen vorkomme und dass entgegen der landläufigen Meinung etwa zwei Drittel der illegalen Erwerbstätigkeit durch Schweizer verrichtet werde. Eine Beschränkung der Betrachtungen lediglich auf den Bereich der ausländischen Schwarzarbeiter würde demnach dem Problem nicht gerecht.

### Ausmass

Es liegt auf der Hand, dass das Ausmass der Schattenwirtschaft lediglich grob geschätzt werden kann. Für das Jahr 1978 wurden für verschiedene Länder folgende Zahlen geschätzt (Anteil Schattenwirtschaft in Prozent des Bruttoinlandproduktes): Schweden 13%, Dänemark 12%, Belgien 11,5%, Italien 10%, Schweiz 4,5%, Japan 3,9%. Auffällig ist, dass in allen Ländern ein ausgesprochenes Wachstum festzustellen ist. Während der Anteil in der Schweiz zu Beginn der sechziger Jahre noch bei 1% gelegen zu haben scheint, wird es in der erwähnten Studie für die Gegenwart auf 3% bis 6% geschätzt. Weiter wird vermutet, in der Schweiz seien gegen 140 000 Schwarzarbeiter tätig. Der Anteil der Schattenwirtschaft in der Schweiz scheint im Vergleich zum

Ausland noch verhältnismässig bescheiden. Sein Wachstum gibt indessen doch Grund zu einer gewissen Besorgnis.

### Ökonomische Auswirkungen

Die Ökonomen beurteilen nicht alle Auswirkungen der Schatten-



wirtschaft negativ. So wird etwa festgestellt, die Schattenwirtschaft wirke als Konjunkturpuffer. Sie sei eine Art Flexibilitätsreserve und bilde sozusagen ein Gegengewicht zu den Starrheitstendenzen des offiziellen Sektors. Es herrsche ein ausgesprochener Leistungswille, und durch das Entstehen neuer Arbeitsplätze bleibe die echte Arbeitslosigkeit unter dem statistisch ausgewiesenen Ausmass. Auf der andern Seite scheinen aber doch die negativen Auswirkungen zu überwiegen. So beschreiben etwa die offiziellen Statistiken den echten Zustand der Volkswirtschaft nicht und geben damit falsche Signale für die Wirtschaftspolitik. Dem Staat werden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in erheblichem

Fortsetzung auf Seite 2

Nationalrat Kurt Müller zum Auf und Ab der NA

## Überfremdungsbarometer und Hauskrähe

Die Nationale Aktion für Volk und Heimat (NA) hat im letzten halben Jahr in Genf und Lausanne, in Winterthur und Zürich aufsehenerregende Wahlerfolge gehabt. Andererseits ist ihr Erfolg bei den Berner Wahlen weit unter den Hoffnungen geblieben. Nationalrat Kurt Müller (Meilen ZH) legt die Gründe für die Unterschiede und für das Auf und Ab in ihrer Geschichte dar.

Die Nationale Aktion für Volk und Heimat (NA) und die mit ihr verbündete Genfer Vigilance zeichnen sich wie keine andere Partei durch extreme Ausschläge nach oben und nach unten in ihrer 25jährigen Geschichte aus. Diese Zuckungen in der Kurve der Wählerprozent sind einer-

### Wählerprozent der NA bei den Nationalratswahlen

1967	0,6	1979	1,9
1971	7,2	1983	3,5
1975	5,5	1987	?

seits ein Stimmungsbarometer für die Beurteilung der Überfremdungsgefahr bzw. der Asylfrage in unserm Lande und andererseits ein Gradmesser für den Wellenschlag der internen Hauskrähe, die die Nationale Aktion während des ganzen Vierteljahrhunderts ihres Bestehens sozusagen permanent begleitet haben.

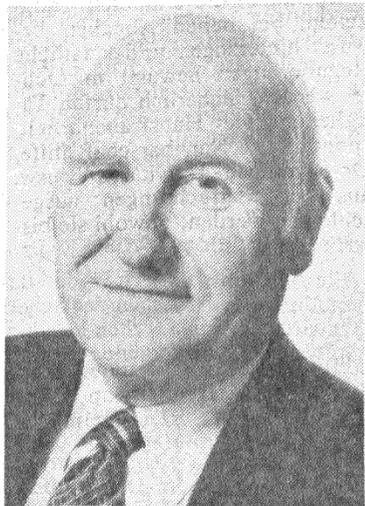
### Von der Schwarzenbach-Initiative zur Asylfrage

Die NA wurde 1961 in der Zeit der grossen Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte gegründet. Sie erlebte 1970 bei der Abstimmung über die Schwarzenbach-Initiative ihren grössten Erfolg: 46 Prozent der Stimmenden legten damals ein Ja für diesen radikalen Abbau der Fremdarbeiterzahl in die Urne. Bei den Nationalratswahlen 1971 schnellte ihr Wähleranteil von 0,6 auf 7,2 Prozent hinauf. Als die Stabilisierungspolitik von Bundesrat und Bundesversammlung Erfolg zeitigte und die Fremdarbeiterzahl in der Rezession in der Mitte der siebziger Jahre erheblich zurückging, nahm auch ihr Wähleranteil allmählich wieder bis auf 1,9 Prozent 1979 ab. Mit der Beunruhigung weiter Bevölkerungskreise durch die Asylfrage stieg ihr Anteil wieder bis auf 3,5 Prozent bei den Nationalratswahlen 1983 an, bis auf 19,0 Prozent bei den Genfer Grossratswahlen, auf 14,2 Prozent in Lausanne, von 3,5 auf 9,9 Prozent in der Stadt Zürich – aber bei den Berner Grossratswahlen vermochte sie lediglich einen Sitz zu den bisherigen 5 zu gewinnen, obwohl das Tamilen-

problem in Kanton Bern besonders akut ist.

### Ununterbrochene Kette von Hauskrähen

Was war geschehen? Der seit langem schwelende interne Hauskrach zwischen dem Ehrenpräsidenten Valentin Oehen und dem scharfmacherischen Jungtürken Markus Ruf war inzwischen offen ausgebrochen. Der 26jährige Stu-



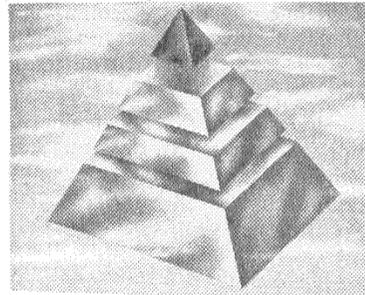
dent und Nationalrat Ruf war mit seiner protzigen Profilierungssucht und seinem sektiererischen Eifer den ältern Fraktionskollegen schon länger ein Dorn im Auge. Dass er den Genfer Polizeidirektor «um eine Waffe, ein paar Handschellen sowie um ein Transportmittel der Polizei» er-

Fortsetzung auf Seite 6



Zu einem vollen Erfolg für die FDP der Schweiz wurde der diesjährige Parteitag in Montreux. Engagiert äusserten sich die Delegierten zu den beiden schwergewichtigen Traktanden. Die vorliegende «Freisinn»-Nummer ist zu einem wesentlichen Teil diesem Ereignis gewidmet. (Foto ruti)

SKA Anlage-Service plus.



Wir leisten mehr, damit Sie an der Spitze sind.



SCHWEIZERISCHE  
KREDITANSTALT  
SKA

Zeiterscheinungen mit Folgen

## Regieren – schwieriger geworden?

An einer Tagung der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Demokratie (SAD) zum Thema «Regieren – schwieriger geworden?» sprachen alt Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich, Nationalrat Dr. Sigmund Widmer, alt Stadtpräsident von Zürich, Dr. Peter Wiederkehr, Regierungsrat des Kantons Zürich, und Professor Dr. Ulrich Klöti. Margrit Annen-Ruf hat die Stellungnahmen zusammengefasst.

Dass das Regieren schwieriger geworden ist, brachten die Äusserungen der Referenten deutlich zum Ausdruck. Die Gründe hierfür sind vielfältig und liegen primär an unserem politischen System, das einem starken Regieren entgegenwirkt.

### Widerspruch in sich

«Die Institutionen der direkten Demokratie und eine starke Regierung sei ein Widerspruch in sich», erklärte alt Bundesrat Friedrich. Da ist der Föderalismus mit seinen ständigen Abgrenzungen von Interessensphären, die Koalition der vier Bundesratsparteien mit ihren unterschiedlichen politischen Auffassungen und Verankerungen, die ein ständiges Kompromisseschliessen

verlangt und zwangsläufig zu Differenzen führt, und der ebenso langwierige wie zeitraubende Prozess bei Vorlagen, von der Ausarbeitung bis zu ihrer Abstimmungsreife (Zusammensetzung der Expertenkommission, Vernehmlassungsverfahren, parlamentarische Beratungen). An weiteren Faktoren seien die «Initiativeninflation» (zurzeit sind 25 Volksinitiativen auf Bundesebene hängig, die oft ausgesprochen quer liegen), die als Folge der Technisierung nicht nur stets zahlreicheren, sondern auch immer komplexeren Staatsgeschäfte und -aufgaben und das dadurch bedingte immer schwieriger werdende Verständlichmachen von Problemen, ferner die Abnahme der Konsensfähigkeit und das

Aufkommen eindimensionaler Gruppen, erwähnt.

Um wieder vermehrt regieren zu können, schlug der Referent vor, die Schaffung eines übergeordneten Amtes des Bundespräsidenten, die Befreiung des Kollegiums von untergeordneten Geschäften, mehr Entscheidungskompetenz beim zuständigen Departement sowie die Übertragung bestimmter Geschäfte an qualifizierte Beamte.

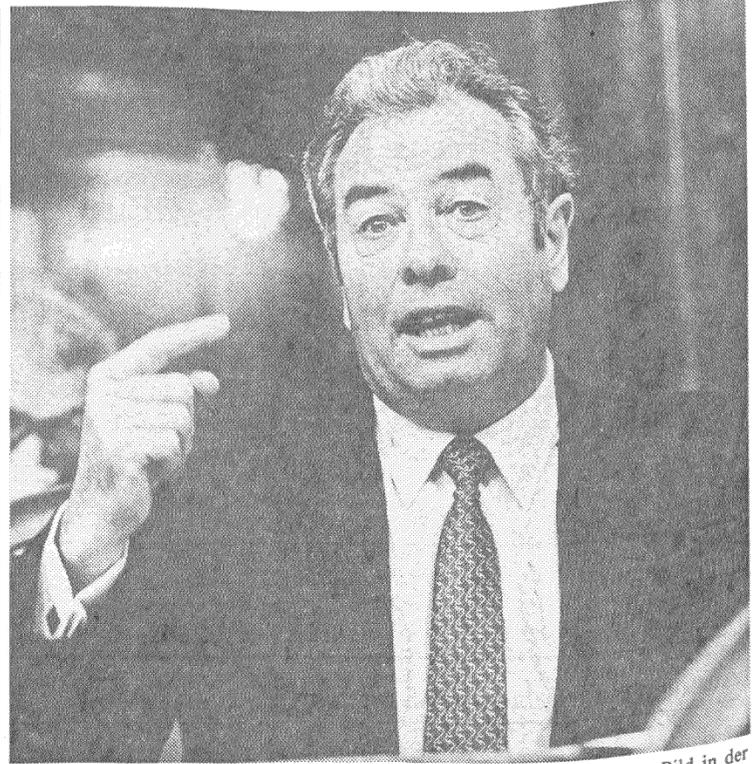
### Entmythologisierung traditioneller Werte

Obwohl die Probleme in der Exekutive kaum anders sind als auf Bundesebene, betrachtet Nationalrat Widmer die Schweiz als eines der bestregierten Länder. Der Kompromiss sei zum Kunstwerk perfektioniert worden und der Glaube, unsere Städte seien unregierbar geworden, entbehre jeder Grundlage, meinte der Referent. Die scharfe Reaktion auf Vorfälle wie etwa die Kreditüberschreitung beim Kongress- und Opernhaus in Zürich wertete er als positiv, zeige dies doch, dass solche Vorkommnisse bei uns nicht alltäglich sind.

An Regierungerschwernissen sieht er insbesondere den Verlust traditioneller Mythen und den damit verbundenen Zerfall der Autoritäten, aber auch den Egoismus der Schweizer gegenüber der übrigen Welt. Dies führe zu Komplexen und Übertragungen auf Fremde und Behörden, das heisst Personen (Sündenböcke). Schliesslich fehle uns auch ein Ziel zur Abregierung von Aggressionen ausserhalb der Schweiz. Alte Werte wie Fleiss, Arbeitswille, Erfindungskunst, Toleranz und Menschlichkeit müssten gefördert werden.

### Spezifisches Anforderungsprofil

Regieren sei schon immer eine schwierige Kunst gewesen, nur die Arten der Schwierigkeiten hätten sich geändert, meinte Regierungsrat Wiederkehr. Er unterschied dabei zwischen objektiven und subjektiven Schwierigkeiten. Dazu gehören einerseits der Verlust der mit dem Amt verbundenen Autorität, Wohlstand, in dem sich erfahrungsgemäss Partikular- und Einzelinteressen breit machten, ungenügende politische Me-



Temperamentvoll, wie es seinem Naturell entspricht, votiert auf unserem Bild in der kleinen Kammer FDP-Ständerat Robert Ducret (GE). (Photo ruti)

chanismen, Ausbau der Rechtsmittelverfahren und Probleme der gesetzlichen Grundlagen. Andererseits erfordert regieren ein spezifisches «Anforderungsprofil», flexible Sturheit, wie etwa die Fähigkeit, Nein sagen zu können (auch gegenüber Freunden), die Bereitschaft, Risiken einzugehen, und eine gewisse Konstanz der Meinung. «Wer gerne regiert, regiert ringer», empfahl er schliesslich als Faustregel.

Prof. Klöti, der den Graben zwischen Praxis und grauer Theorie als nicht gross bezeichnete, wies vor allem auf Probleme wie etwa Überbewertung der Egoismen auf allen Ebenen und Stufen, mangelnde Dialogfähigkeit, Erwartungsüberlastung beziehungsweise Zunahme der Forderungen von allen Seiten und ihre Hochstilisierung durch die Medien und die Personalisierung, das heisst die stets weniger sachliche mehr personenbezogene Kritik hervor: «Wenn etwas schiefgeht, will man Köpfe rollen sehen.»

sich durch Dr. Hans Meiner, wissenschaftlicher Adjunkt bei der SBB-Generaldirektion, über die beiden Vorhaben orientieren. Mit diesem Programm wird nach Ansicht des Ausschusses die SBB in die Lage versetzt, die ihr übertragene Aufgabe besser und kostengünstiger zu lösen. Herausgestrichen wurde, dass der Leistungsauftrag 1987 weiterhin eine markt- und ein gemeinwirtschaftlichen Bereich unterteilt. Dem Ausschuss erscheint es zweckmässig, die finanzielle Verantwortung für Infrastruktur und Betrieb bei der SBB zu entflechten: Wie bei der Strasse übernimmt der Bund die finanzielle Verantwortung für die Infrastrukturaufwendungen der SBB; diese müssen daran einen Beitrag leisten. Die beiden vom Bundesrat dem Parlament unterbreiteten Vorlagen befinden sich, wie im freisinnigen Gremium festgehalten wurde, in Übereinstimmung mit dem von den vier Bundesratsparteien ausgearbeiteten Programm zur Förderung des öffentlichen Verkehrs.

### Ausgewiesene Erneuerungsbegehren der FF-Truppen

Der Ausschuss für Militärpolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) unterstützt die Erneuerungsbegehren der Flieger- und Flabtruppen. Er ist generell der Auffassung, dass in den 90er Jahren für die materielle Kriegsbereitschaft (Rüstungsbeschaffung) der Armee eine reale Erhöhung der Ausgaben unumgänglich sein wird.

Der von Nationalrat Dr. Paul Wüss (BS) präsidierte Ausschuss liess sich von Divisionär Walter Dürig, Chef Führung und Einsatz im Kommando der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen, über die aktuellen Ausbaubedürfnisse dieser Waffengattungen orientieren. Die Materialausrüstung der Flugwaffe und der Fliegerabwehr konnte in der Vergangenheit laufend erneuert werden. Die FF-Truppen unternehmen grosse Anstrengungen, um die Kampfkraft der vorhandenen Mittel voll ausschöpfen zu können. Zur Aufgabenerfüllung in einer zukünftigen Luftkriegssituation bestehen Erneuerungsbedürfnisse, welche sich – wie das neue Jagdflugzeug – zum Teil bereits im Projektstadium befinden. Dazu kommen die Beschaffung von Transport-Helikoptern sowie der Ersatz der Vampire als Jetschulflugzeug. Ausbildungssimulatoren stellen ebenfalls ein wichtiges Bedürfnis der FF-Truppen dar. Das Militärsystem ist auch für die FF-Truppen geeignet und wird nicht in Frage gestellt. Eine effiziente Organisation ist jedoch Voraussetzung für dessen Aufrechterhaltung.

### Nein zur «Stadt-Land-Initiative»

Der Ausschuss für Landwirtschaftspolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) lehnt die «Stadt-Land-Initiative» ab, weil dieses Volksbegehren auf eine staatliche Bewirtschaftung des Bodens hinausläuft. Das vorgeschlagene Eidgenossenschaftsgewillt ist, die gesetzlich Bestimmungen hinsichtlich der Fruchtfolgeflächen durchzusetzen. Nach Ansicht des Ausschusses soll die Schweiz heute wie morgen über genügend landwirtschaftlich nutzbaren Boden verfügen, damit auch in Zeiten gestörter Zufuhr eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung möglich ist.

Fortsetzung von Seite 1

Ausmass vorenthalten. Diese vorenthaltenen Abgaben müssen wiederum dem offiziellen Sektor aufgebürdet werden, was dessen Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt. Zudem entstehen Wettbewerbsverfälschungen, indem illegal Tätige gegenüber den legal Tätigen mit günstigeren Kosten arbeiten können. Weiter geniessen die meisten in der Schattenwirtschaft Tätigen keinerlei Sozialschutz. Diese negativen Auswirkungen können von beachtlichem Ausmass sein. So wurde beispielsweise geschätzt, in den USA könnten die Steuern um 20% bis 30% gesenkt werden, wenn die Schattenwirtschaft eingedämmt würde.

### Ursachen der Schattenwirtschaft

Alle Autoren sind sich in der Beurteilung der Ursachen der Schattenwirtschaft weitgehend einig. So werden etwa folgende Gründe angeführt:

- Wenn der Steuer- und Abgabendruck ein gewisses Mass übersteigt, steigt die Neigung der Beschäftigten, diesem Druck auszuweichen.
- Die zunehmende Belastung durch staatliche Vorschriften führt ebenfalls dazu, dass nach Wegen gesucht wird, diese Belastung zu umgehen.
- Die rückläufige Erwerbsquote und die anhaltende Verkürzung der Wochenarbeitszeit vergrössern den Anreiz zur Einkommensverbesserung ausserhalb der fiskalischen Zugriffsmöglichkeiten des Staates.
- In vielen Ländern wird eine Verringerung der Akzeptanz von Rechtsnormen festgestellt (Schwarzarbeit als Kavaliersdelikt).

Etwas verallgemeinernd könnte man sagen, dass mit steigender Staatsquote fast zwangsläufig auch die Neigung zur Schattenwirtschaft ansteigt. Da in dieser Hinsicht die Schweiz besser als viele andere Länder dasteht, hat sich die Schattenwirtschaft weniger als anderswo entwickelt. Es ist aber nicht zu verkennen, dass der Trend auch bei uns in die falsche Richtung läuft.

### Begrenzung

Meist versucht man, der Schattenwirtschaft mit vermehrten Kon-

trollen und schärferen Strafen Herr zu werden. Es ist indessen zweifelhaft, ob das Problem damit zu lösen ist. Ausländische Erfahrungen zeigen, dass lediglich Symptomtherapie zu wenig effizient ist. Es ist deshalb vor allem den Ursachen der Schattenwirtschaft Bedeutung beizumessen.

Obwohl das Problem der Schattenwirtschaft in der Schweiz noch kein gravierendes Ausmass angenommen hat, muss ihre weitere Entwicklung sorgsam verfolgt werden. Da es sich auch bei uns um eine «Wachstumsbranche» handelt, ist nicht auszuschliessen, dass sie auch bei uns eines Tages ein besorgniserregendes Ausmass annimmt. Es scheint deshalb wichtig, wenn sich die verantwortlichen Stellen schon jetzt mit dieser Problematik befassen.

### Die Interpellation im Wortlaut

*Eine Studie des Schweizerischen Nationalfonds schätzt den Anteil der sogenannten Schattenwirtschaft in der Schweiz auf 3% bis 6% des Sozialproduktes. Das ist im internationalen Vergleich relativ bescheiden. Andererseits ist seit den sechziger Jahren ein ständiges Wachstum festzustellen. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass die Schattenwirtschaft auch bei uns zum ernsthaften Problem werden könnte.*

*Ich bitte den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:*

1. Hält der Bundesrat Ausmass und Wachstum der Schattenwirtschaft in ihren verschiedenen Formen für besorgniserregend?
2. Welches sind die Folgen der Schattenwirtschaft für die Volkswirtschaft als Ganzes?
3. Wie gross schätzt er den durch die Schattenwirtschaft verursachten Ausfall an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen?
4. Hält er verschärfte Strafbestimmungen für ein geeignetes Mittel zur Eindämmung der Schattenwirtschaft?
5. Wo sieht er die Ursachen des Wachstums der Schattenwirtschaft?
6. Sieht er gangbare Möglichkeiten für eine eigentliche Ursachentherapie?



### Kritische Zustimmung

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) unterstützt die Revision des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes betreffend die strafbaren Handlungen gegen das Vermögen und die Urkundenfälschung. In ihrer Vernehmlassungsantwort bringt die Partei allerdings auch kritische Anmerkungen an und hält fest, dass ihr die Revision «etwas gross angelegt erscheint». Von der Praxis aus, so die FDP, hätten Anpassungen über den Missbrauch mit Kreditkarten und die Computer-Kriminalität genügt.

Ablehnend steht die FDP der Absicht gegenüber, die Gesetzesartikel neu zu nummerieren, da dies nur zu Verwirrung führen würde, weil während Jahren bei Publikationen festgestellt werden müsste, ob diese nach der neuen oder der alten Nummerierung angelegt sind. Schwierigkeiten erwartet diesbezüglich die Partei insbesondere für Laienrichter. Die FDP wendet sich ferner dagegen, dass die Strafbestimmung über die Verleitung zu Spekulation gestrichen werden soll. Auch wenn diese Vorschrift kaum angewendet werde, habe sie eine gewisse präventive Wirkung.

### Ja zum Biotopschutz – Nein zur Rothenthurm-Initiative

Die Arbeitsgruppe Umweltschutz der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) hält einen wirksamen Schutz der Biotope für dringlich. Sie begrüsst deshalb die als indirekten Gegenvorschlag zur Rothenthurm-Initiative vorgeschlagene Verankerung des Biotopschutzes im bestehenden Natur- und Heimatschutzgesetz. Den vom Bundesrat unterbreiteten Entwurf hält sie in einigen Punkten für unausgewogen und erachtet eine Überarbeitung als

unerlässlich. Die Rothenthurm-Initiative lehnt sie ab.

In der Erhaltung der Biotope sieht die von Walter Schiesser (Zürich) geleitete freisinnige Umweltgruppe die zentrale Voraussetzung, um dem sich beschleunigenden Aussterben von einmaligen Tier- und Pflanzenarten Einhalt zu gebieten. Sie ist einhellig der Auffassung, dass die Verankerung des Biotopschutzes im Natur- und Heimatschutzgesetz auch nach ökologischen Kriterien die bessere Lösung darstellt als der von den Gegnern des Waffenplatzprojektes Rothenthurm angestrebte Verfassungsartikel, der – abgesehen von weiteren Mängeln und zweifelhaften Motiven – den Biotopschutz auf die Hochmoore beschränken würde. Nach Ansicht der Arbeitsgruppe sollte der Vorschlag des Bundesrates durch die Möglichkeit einer angemessenen Bezahlung für die nötige Bewirtschaftung von Biotopen ergänzt werden, während auf die Schaffung eines neuen Entschädigungstatbestandes verzichtet werden sollte.

### Ja zu Bahn 2000 und Leistungsauftrag 1987

Das Konzept Bahn 2000 wird wie der Leistungsauftrag 1987 vom Ausschuss für Verkehrspolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) begrüsst. Es geht dabei um Entscheide aus gesamtwirtschaftlicher und umweltpolitischer Sicht. Mit dem Konzept der Bahn 2000 wird der öffentliche Verkehr in die Lage versetzt, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Die mit dem Leistungsauftrag 1987 vorgesehene Trennung des markt- und gemeinwirtschaftlichen Bereichs der SBB erhöht die Transparenz des Unternehmensgeschehens.

Der von Nationalrat Dr. Franz Eng (Günsberg SO) präsidierte Ausschuss liess

FDP-Präsident Hunziker gegen Frust-Projektionen

**Untergangsgesetz  
hilft nicht weiter**

Deutlich mit jenen, die allenthalben Missmut säen, ging am FDP-Parteitag deren Präsident, Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (Aarau), ins Gericht. Er warnte davor, den eigenen Frust in die Gesellschaft zu projizieren:

Die Tatsache, dass unser Parlament in Bern mehr als früher auf Gesetzesvorlagen nicht eintritt, sie zurückweist oder wesentlich verändert, wird zunehmend kritisiert und meistens falsch interpretiert. So äussert z. B. der schweizerische SP-Präsident, man sei fast nur noch zu Null-Lösungen fähig, verschliesse sich jedem Fortschritt und desavouiere laufend die Regierung. Man habe unseren Staat während Jahren verteuft und kaputtgeredet.

**Unzutreffende Unkenrufe**

Ähnliche Töne erschallen gelegentlich auch von Leuten, die sich als Krisendiagnostiker berufen fühlen. Ein bekannter Soziologe und Hochschuldozent hat die sich in den letzten eidgenössischen Wahlen manifestierende Stabilität als Ausdruck der Blockiertheit

**Malaise über schweizerische Aussenpolitik**

In seiner politischen Lagebeurteilung ging Parteipräsident Hunziker auch auf das nicht zu übersehende Malaise gegenüber der Art und Weise, wie in den letzten Jahren die schweizerische Aussenpolitik geführt wurde, ein:

Nach dem unmissverständlichen Verdikt des Souveräns in der Uno-Frage gilt es, Klarheit über die Stossrichtungen, Ziele und Grenzen unserer künftigen Aussenpolitik zu schaffen. Das setzt vermehrte Diskussionen zwischen Bundesrat, Parlament und Volk voraus. Daran hat es in den letzten Jahren gemangelt. Vor allem seit der amtierende Aussenminister das Zepher übernommen hat. Das Verhältnis zwischen dem Volk und der Regierung ist im aussenpolitischen Bereich von Malaise und deutlichen Spuren des Misstrauens geprägt. Dieses kann nicht abgebaut werden durch diplomatische Visiten, die eher den Charakter eines touristischen Reiseprogramms tragen und meistens in Länder führen, die weder politisch noch wirtschaftlich für die Schweiz von besonderer Bedeutung sind.

Unsere aussenpolitischen Chancen und Möglichkeiten stehen und fallen nicht mit der Mitgliedschaft in der Uno. Wir können und wollen unsere Selbstdarstellung und Selbstbehauptung so wirkungsvoll wie möglich gestalten. Wir können dabei von einer erfreulichen Tatsache ausgehen: sowohl Uno-Befürworter wie -Gegner waren sich in einem entscheidenden Punkt einig: im Willen, die bewaffnete Neutralität als Maxime unserer Aussenpolitik zu wahren.



und unser politisches System als zu Reformen unfähig und überholt bezeichnet. Ein bekannter Kommentator bundespolitischer Geschehnisse hat vor kurzem den «eigentlichen Zerfall der demokratischen Beteiligung» festgestellt und die historischen Parteien als die grossen Verlierer bezeichnet, deren Basis immer schmaler werde. Nach seiner Meinung geht es «mit dem klassischen Kräftespiel zu Ende». Es seien neue Gruppen und Bewegungen, die durchbrächen, und der Niedergang der traditionellen Parteien setze sich fort. Die Ergebnisse der eidgenössischen Volksabstimmungen in der laufenden Legislaturperiode beweisen, dass solche Unkenrufe nicht mit der Volksmeinung übereinstimmen.

**Schwachstellen gibt es**

Wohl ist es sinnvoll, über Gesellschaft, Staat und Politik nachzudenken und Kritiken gegenüber offen zu sein. Schwachstellen und Fehlleistungen gibt es. Indessen tragen dauernde Kassandrarufer und Untergangsgesetz zur Lösung der anstehenden Probleme wenig bei. Die Ratschläge und gelegentlich auch Tiefschläge kommen oft von Leuten und Organisationen, die alle Probleme lösen können, ausgenommen ihre eigenen.

Wer in den Wahlabsinenten lauter Frustrierte und Resignierte erblickt, wer ein Aufbäumen des Volkes und einer zunehmenden Zahl von Parlamentariern gegen immer mehr Reglementierungen, Bürokratie und Steuern Null-Lö-

sungen gleichsetzt oder wer jahrelang Hoffnungslosigkeit verbreitet und von «Theoriedefiziten» spricht, hat Obst vom Baum der Erkenntnis gegessen, das noch nicht reif oder bereits faul war. Es wäre an der Zeit, damit aufzuhören, masochistisch nach Gründen eines politischen Debakels zu suchen, das – übers Ganze gesehen – gar nicht existiert.

**Umschwung unübersehbar**

Seit gut einem Jahrzehnt führt das Allensbacher Institut für Demoskopie in der BRD periodische Umfragen durch, um die Veränderungen in den gesellschaftlichen Wertvorstellungen zu erfassen. Seit Ende der 60er Jahre ergab sich nie mehr ein so positives und zuversichtliches Bild wie im vorletzten und letzten Jahr. Man könnte von einem eigentlichen Umschwung sprechen. Der Optimismus überwiegt, und das vor allem bei der jungen Generation. Ein ähnliches Bild haben die Jugendbefragungen in unserem Land ergeben. Der Drang nach alternativen Lebensformen hat seinen Höhepunkt überschritten. Das Pendel bewegt sich in die umgekehrte Richtung, hin zu einer positiven Grundhaltung und zur Bejahung traditioneller Wertvorstellungen wie Arbeit, Leistung, Wettbewerb oder Privateigentum. Dazu gekommen ist mit Recht das Verlangen, die Umweltprobleme energisch anzupacken und den Rückstand in der technologischen Entwicklung aufzuholen. Was die Umweltprobleme anbelangt, sind ein breites Bewusstsein sowie die Bereitschaft zum Handeln unübersehbar. Was in den letzten Jahren eingeleitet und teils bereits vorgekehrt worden ist, darf sich sehen lassen.

**Positiv eingestellte Jugend**

Erfreulich ist die Tatsache, dass unsere Jugend sich in ihrer gros-

**FDP-Generalsekretär zur Lage der Partei**

**Lehren ziehen**

Mit der Situation der Partei setzte sich in seinem Rechenschaftsbericht am Parteitag FDP-Generalsekretär Fürsprecher Hans Rudolf Leuenberger auseinander. Nachstehend ein Auszug aus seinen Ausführungen:

Anderthalb Jahre vor den eidgenössischen Wahlen stehen wir innenpolitisch und psychologisch in einer Phase, in der Worte wie «Vertrauenskrise», «Auseinanderklaffen zwischen den Trägern der Politik (Behörden, Parlamente, Parteien) und der sogenannten Basis (Stimmbürgerschaft)», «Systemveränderung» und andere mehr grossgeschrieben werden. Zur Begründung derartiger Er-



Pointiert und brillant wie immer referierte Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz am FDP-Parteitag. In einem bemerkenswerten Referat setzte er sich mit dem sich wandelnden Verhältnis zwischen Bürger und Staat auseinander. Dabei plädierte er dafür, die «Beziehungen zwischen Bürger und Staat wieder einvernehmlicher zu gestalten».

sen Zahl der positiven Werte und Chancen, die ihr unsere Zeit bietet, bewusst geworden ist. Jeanne Hersch hat zutreffend festgestellt, «dass seit Menschengedenken noch nie so vielen Jugendliche aller Schichten so zahlreiche Möglichkeiten aller Art – Kultur, Sport, Beruf usw. – offenstanden». Ich zitiere sie weiter: «Noch nie hatten sie schon so früh die Möglichkeit, sich von der Schutzherrschaft der Familie freizumachen und ihren eigenen Lebensstil zu wählen. Noch nie verfügten sie über so viel Freizeit.» Wer trotzdem unentwegt über die Verwerflichkeit und Hoffnungslosigkeit unserer Zeit klagt, ein unrealistisches und auch unerträgliches Bild unserer Gesellschaft, unseres Landes und unserer Zukunft malt, der fällt über sich selber das Urteil. Er projiziert seine eigene Unzufriedenheit und seinen Frust in die Gesellschaft.

heutzutage Erfolge für die Freisinnigen nur bei überzeugender innerer Geschlossenheit und einem starken offenen Bekenntnis zu unserer politischen Haltung mit entsprechendem Einsatz verwirklichen lassen.

Wenn wir das beherzigen, können wir innenpolitisch gesehen von Stabilität sprechen, trotz verstärkter Virulenz von Splittergruppen und Bewegungsparteien. Diese geraten, wie die Erfahrung zeigt, meist nach kurzem Engagement wieder ins politische Abseits, denn sie können nicht jenen «full service» bieten, wie das die etablierten, traditionellen politischen Parteien tun.

Positives aufzulisten erscheint zwar nach den einleitenden Bemerkungen nicht modisch. und dennoch lassen wir uns davon nicht abhalten, denn liberales Bekenntnis fusst auf positiver Einstellung zum Menschen, zur Umwelt, zum Leben, zur Politik.

Einmal ist zu betonen, dass in den traditionellen Parteien, und vor allem auch in der FDP, auf allen Stufen Menschen guten Willens am Werk sind, die eine lebenswerte Ordnung erhalten, weiterentwickeln und weitertragen wollen. Es sind ihnen im Verlaufe der Legislaturperiode auch politische Erfolge nicht versagt geblieben. Ich denke hier an unsere Parteifreunde im Wallis, im Aargau, in Neuenburg, in der Waadt und in Nidwalden, um nur jene Kantonalparteien zu erwähnen, die in dieser Legislaturperiode Gewinne bei den kantonalen Parlamentswahlen erzielten.

**Übereinstimmung**

Aber auch bei Sachentscheiden fanden wir uns in der überwie-

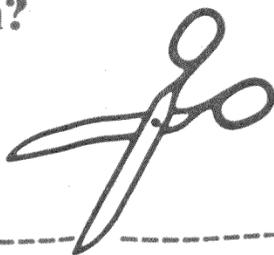
*Fortsetzung auf Seite 4*

**SBG – für uns schon lange die erste Bank.**



**Haben Sie ihn schon?**

Den Jahresbericht der FDP der Schweiz. Wenn nicht, können Sie ihn mit diesem Talon bestellen. Gratis.



Senden Sie mit bitte den Jahresbericht der FDP der Schweiz. Gratis.

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_

Einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.

**Boesch**  
Gartenbau 01 53 04 80  
**Unsere Stärke grüne Werke**

Fortsetzung von Seite 3

genden Zahl der Fälle in Erfolgsposition: Bei den Volksabstimmungen der laufenden Legislaturperiode – es waren 25 Vorlagen, die an 10 Abstimmungsterminen unterbreitet worden waren – konnte mit wenigen Ausnahmen eine erfreuliche Übereinstimmung zwischen den eidgenössischen und kantonalen FDP-Parolen und den Resultaten der Volksabstimmungen festgestellt werden. Die Statistik seit den letzten Nationalratswahlen zeigt auf, dass das Ergebnis der Volksabstim-



mungen nur in vier Fällen nicht mit der Empfehlung der FDP der Schweiz übereinstimmte.

Stärkere Parolendifferenzen mit den Kantonalparteien ergaben sich für die FDP ebenfalls nur in vier Fällen. Hier sticht im Ausmass und bezüglich Aktualität jene bei der jüngsten Abstimmung über den Uno-Beitritt hervor, wovon schon die Rede war. Als liberale und föderalistisch strukturierte Partei müssen wir – wenn Abstimmungsparolen programmatisch nicht vorgezeichnet sind – ein minimales Auseinanderklaffen akzeptieren. Erfreulich ist die markante Geschlossenheit innerhalb des Freisinnis bei programmatisch abgestützten Entscheidungen wie bei den Initiativen über Zivildienst, Banken, Ausverkauf der Heimat, Atom- und Energiepolitik, Mutterschaftsenschutz, Ferien, Recht auf Leben und Vivisektion. Dasselbe gilt für Vorlagen wie Radio- und Fernsehartikel, Entschädigung der Opfer von Gewaltverbrechen, in weitem Ausmass bei der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen, beim einheitlichen Schuljahrbeginn, bei der Innovationsrisikogarantie und dem Eherecht.

### Eidgenössische Wahlen stehen vor der Tür

Mit Riesenschritten geht der Zeitenlauf den nächsten eidgenössischen Wahlen entgegen, die am 18. Oktober 1987 stattfinden. Unser Wahlziel 1987 muss sein, die FDP-Position als stärkste Partei (23,4% Wähleranteil) mit der stärksten Parlamentsfraktion auszubauen. Die Voraussetzungen für ein Erreichen positiver Resultate sind intakt, wenn wir uns auf allen Stufen bewusst bleiben, dass der Wahlkampf 1987 begonnen hat und permanent fortzusetzen ist, im Sinne unseres Wahlpruchs «zurück zum Wähler».

### Ovation für Bundesrätin Elisabeth Kopp

Zu einer eigentlichen Unterstützungskundgebung für die zuständige Departementschefin, Bundesrätin Elisabeth Kopp, gestaltete sich die Aussprache über die Asylpolitik am FDP-Parteitag. Ihr Referat wie auch ihre ergänzenden Schlussworte stießen auf eine – wie es die NZZ in ihrer Berichterstattung bezeichnete – «für FDP-Parteitag geradezu stürmisch zu nennende Ovation». Es ist vorgesehen, die überaus bemerkenswerten Ausführungen von Bundesrätin Kopp in einer Sondernummer der «Politischen Rundschau» – zusammen mit weiteren Beiträgen zur Asylpolitik – zu veröffentlichen. Einen Bestellalon für dieses Heft finden Sie in dieser «Freisinn»-Ausgabe. In ihren Ausführungen nahm Bundesrätin Kopp auch zur Frage des Kirchenasyls und des privaten Widerstandsrechtes Stellung. Nachstehend wird der entsprechende Passus wiedergegeben:

Probleme stellen sich, wo der Bereich des geistigen Meinungskampfes verlassen wird, wo das auf demokratischem Weg zu erhaltende Recht verletzt und wo sogar zu Rechtsverletzungen aufgerufen wird. Ganz besonders problematisch wird es, wo unter Berufung auf ethische oder moralische Grundsätze bewusst Recht gebrochen wird. Es ist gefährlich, das ethische oder moralische Bewusstsein zum Massstab aller Dinge zu machen, denn es ist der Natur nach etwas Subjektives; es verleitet leicht zum demagogischen Missbrauch. Wer diesen Massstab anlegt, um Recht zu brechen, nimmt letztlich für sich in Anspruch, selbst und allein darüber bestimmen zu dürfen, welche Normen er einhält und welche nicht. Damit stellt er nicht nur das Mehrheitsprinzip in der Demokratie in Frage, sondern die Rechtsordnung überhaupt. Stellen Sie sich einmal vor, wenn diejenigen, denen die Asylpolitik des Bundesrates zuwenig weit geht, das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen. Und wie dies ein Nationalrat bereits gefordert hat, selber

beginnen «manu militari» Asylbewerber über die Grenze zu schaffen.

Ist das letzte Wort im demokratischen oder justiziellen Entscheidungsprozess gesprochen, so darf sich der Bürger der Pflicht zum gesetzlichen Gehorsam nicht mehr entziehen. Ein freiheitlicher demokratischer Rechtsstaat ist auf die Dauer nur lebensfähig, wenn Rechtsverletzungen als das geächtet werden, was sie sind, nämlich zutiefst demokratie- und freiheitsfeindlich.

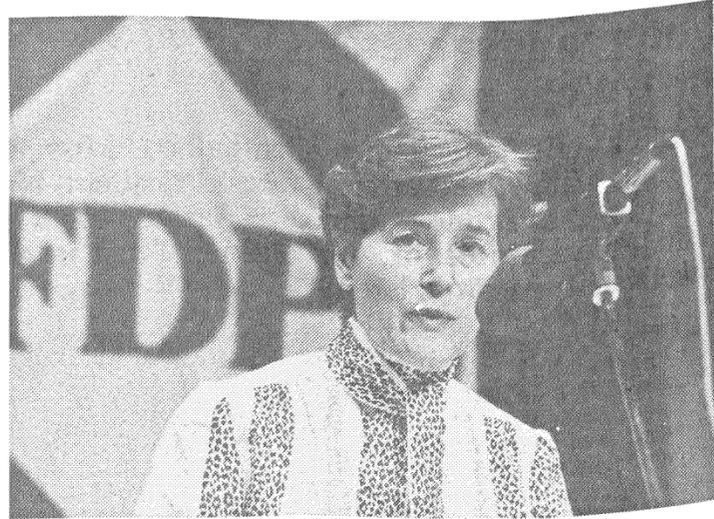
Auf die Respektierung des Rechts pocht unser Staat nicht aus einem Selbstzweck der Staatsmacht, sondern im Interesse der Freiheit aller. Täte er es nicht, so verkäme die Freiheit zur Willkür, so öffnete er dem Rückfall ins Faustrecht Tür und Tor. Der Schutz des Menschen und des Rechts entglitte völlig seiner Kontrolle.

Der Rechtsstaat erträgt keine Zweideutigkeiten und auch keine Relativierung des Rechts. Das Tolerieren von Rechtsbrüchen stört das Rechtsbewusstsein der Öffentlichkeit und bringt die Gefahr mit sich, dass die Grenzen von Recht und Unrecht verwischt werden. Wenn der Staat bestimmte Bereiche der Illegalität duldet, so nimmt er in Kauf, dass eine gefährliche Erosion des Rechts eingeleitet wird, deren verheerende Folgen nicht abzusehen wären.

So gesehen – und das scheint mir die einzig mögliche Betrachtungsweise – stehen Recht und Menschlichkeit nicht in Widerspruch. Denn der Rechtsstaat allein vermag auf die Dauer die Freiheit und mit der Freiheit die Voraussetzung für Menschlichkeit zu garantieren.

Wie sieht es auf diesem Grund mit dem sogenannten Kirchenasyl aus?

Das historische Kirchenasyl – nämlich die Kirche als Freistadt für Verfolgte aller Art – entstand in einer Zeit, da die staatliche Gewalt entweder schwach war und das Faustrecht regierte oder in Zeiten offenkundiger staatlicher Willkür. Weder das eine noch das andere ist heute in der



Schweiz der Fall. Das Kirchenasyl besitzt im Verhältnis zwischen der Kirche und dem demokratischen Rechtsstaat keine rechtliche Bedeutung mehr. Freilich steht der Kirchenraum unter dem Schutz der grundrechtlich garantierten Kultus- und Religionsfreiheit sowie der Eigentumsgarantie. Das heisst aber nicht, dass er dem staatlichen, öffentlichen Recht grundsätzlich entzogen wäre. Denn das Kirchenasyl im Sinn eines räumlichen Schutzes vor dem Vollzug eines behördlichen Entscheides gibt es nicht. Der Kirchenraum ist und bleibt Ort des Gottesdienstes, ein rechtsfreier Raum wird er damit aber nicht.

Auch der Kirche und den kirchlichen Würdenträgern steht es selbstverständlich frei, sich am demokratischen Willensprozess zu beteiligen. Ist der staatliche Entscheid an der Wertordnung unserer Verfassung orientiert, also verfassungsmässig korrekt zustande gekommen und rechtskräftig, so ist er legitim und auch von den Kirchen und den kirchlichen Amtsträgern zu respektieren. Das ist bei der Wegweisung eines abgelehnten Asylbewerbers der Fall, dessen Gesuch in einem rechtsstaatlich einwandfreien Verfahren individuell überprüft wurde. Einen anderen Weg gibt es nicht, wenn nicht das Recht der Willkür preisgegeben und der religiöse Friede in unserem Staat in Gefahr geraten soll. Staat und Kirche sind dem Schutz des Lebens

und der Würde des Menschen in gleicher Weise verpflichtet.

Es ist mehrmals vorgekommen, dass ein Pfarrer oder eine Privatperson einen abgewiesenen Asylbewerber aufnimmt, um ihn vor der Wegweisung zu schützen, weil er die Situation in dessen Heimatland anders beurteilt oder mehr, als die Behörden zu wissen glauben. So handelt es illegal, in diesem Fall hätte er die rechtliche Möglichkeit, ein Revisionsbegehren einzureichen. Sehr oft liegt die unterschiedliche Beurteilung darin, dass nicht von der individuellen Gefährdung des Asylbewerbers ausgegangen wird, sondern von der allgemeinen Menschenrechtslage im entsprechenden Staat. Die Behörden haben aber nicht zu beurteilen, ob im Herkunftsstaat generell Menschenrechte verletzt werden oder nicht, sondern ob der Asylsuchende konkret gefährdet ist. Ein anderer Massstab müsste dazu führen, dass Millionen von Menschen potentiell Anspruch auf Asyl in der Schweiz hätten.

An sich ist es erfreulich, wenn sich Mitmenschen für Mitmenschen engagieren. Das Engagement entspringt oft der Kenntnis eines Einzelschicksals. Dabei wird übersehen, was aus der Optik des einzelnen vielleicht verständlich ist, dass unsere Asylpolitik aus der Summe von Einzelentscheiden besteht. Wenn private Aktionen menschlich verständlich sein mögen, so sind sie trotzdem nicht tolerierbar.

**Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat.**



### Unser Ziel: Informieren!

z.B. über Stil und Leistungen bei der Beratung und Geschäftsführung für Liegenschaftsbesitzer und Bauherren oder bei der Übernahme von Immobilien-Treuhand-Mandaten.

**Jetzt neue Dokumentation bestellen**

Schneiden Sie einfach dieses Inserat aus und senden Sie es zusammen mit Ihrer Visitenkarte an uns. Umgehend werden Sie die neuesten Unterlagen erhalten.

**Spaltenstein**

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN  
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich,  
Telefon 01/316 13 10

DAS EXCLUSIVE Partnerwahlinstitut für ANSPRUCHSVOLLE

Überregional/International

Introduction

Frau M. Th. Kläy  
Neugasse 45, 3001 Bern  
Tel. 031 22 21 12

Wir senden Ihnen Unterlagen  
Kein Vertreterbesuch  
Gegründet 1956

Institut du Chêne

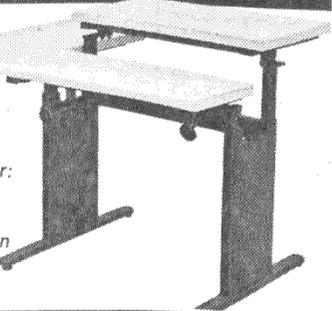
Biel, Telefon (032) 22 60 61

Die einstündige Massage für anspruchsvolle Kunden.  
FDP-Mitglied

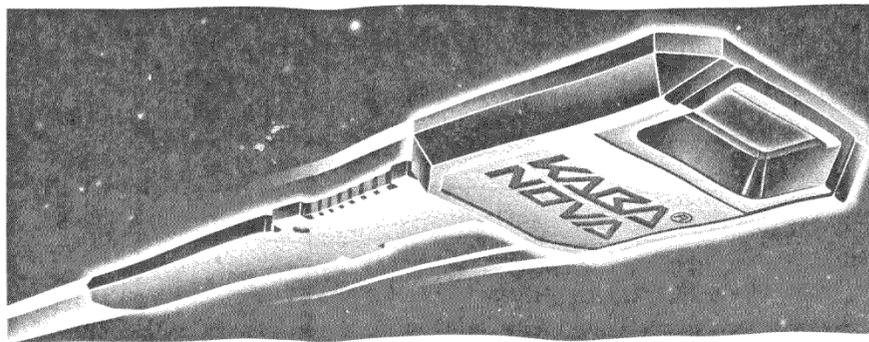
### Das vielseitige Terminal- und Druckertisch-Programm

SANDRA

Direkt vom Hersteller:  
P. Sandmeier AG  
Büro- und  
Betriebs-einrichtungen  
8305 Dietlikon  
Tel. 01 833 23 90



### KABA NOVA - der Schlüssel mit der elektronischen Sicherheit.



Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, so verlangen Sie Unterlagen bei

**BAUER KABA**

Bauer Kaba AG  
Sicherheits-Schliesssysteme  
Postfach  
CH-8620 Wetzikon 1  
Telefon: 01/931 61 11  
Telex: 875481  
Telefax: 01/931 63 85

Thesen der FDP der Schweiz

## Für eine humanitäre, liberale Asylpolitik mit Festigkeit

Die vorliegende, von der Delegiertenversammlung vom 18./19. April 1986 in Montreux verabschiedete Stellungnahme verdeutlicht die Haltung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) in der Flüchtlings- und Asylpolitik. Die Thesen stellen den Orientierungsrahmen dar, innerhalb dessen die Partei ihre Politik in diesem Bereich führen will.

Die FDP betrachtet die schweizerische Asylpolitik als Teil der liberalen Tradition unseres Landes. Es geht heute darum, dessen humanitäre Substanz zu wahren. Dieses Bekenntnis ist auch dann durchzuhalten, wenn es Toleranz und Opferbereitschaft erheischt. Indessen muss für die FDP Asyl Asyl bleiben, Zuflucht für politisch, religiös und ethnisch Verfolgte, und darf nicht einfach in Einwanderung ausufern. Denn die Schweiz ist kein Einwanderungs-



Die Asylthesen der FDP der Schweiz wurden von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Nationalrat Dr. Hans-Georg Lüchinger (Wettswil a. A., ZH) zuhanden der Delegierten vorbereitet. Nationalrat Lüchinger erläuterte am Parteitag die Thesen, welche von den Delegierten nach kurzer Diskussion, wobei sich alle Votanten im beiführenden Sinne aussprachen, einstimmig gutgeheissen wurden.

Land. In Zusammenarbeit mit den Kantonen ist dafür zu sorgen, dass die seit Jahren verfolgte Politik der Stabilisierung der Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung nicht unterlaufen und ausgehöhlt wird. Dazu ist eine gewisse Härte unerlässlich. Diese Härte darf freilich nicht zu einer Einschränkung des Flüchtlingsbegriffs und der Anerkennungspraxis führen. Sie muss aber in einer konsequenten Wegweisung von Asylbewerbern Ausdruck finden, die nach korrekter Prüfung ihres Gesuches die Anforderungen an den Flüchtlingsstatus nicht erfüllen. Missbräuche des Asylrechts müssen bekämpft werden, insbesondere alle Versuche, Gesetze zu umgehen, wie auch strafbare Handlungen von Asylbewerbern.

Überlegungen über die Aufnahmekapazität unseres Landes dürfen für die FDP nicht zur Abweisung begründeter Asylgesuche führen, ohne dass die im Asylgesetz erwähnte Ausnahmesituation

eingetreten wäre. Die FDP stellt sich deshalb vorbehaltlos hinter die vom Nationalrat verabschiedete zweite Asylgesetzrevision.

### Thesen

1. Die Zahl der Flüchtlinge hat in den letzten Jahren weltweit massiv zugenommen. Die Schweiz ist aus liberaler Überzeugung und humanitärer Tradition verpflichtet, die Flüchtlingsnot zu lindern, das Entstehen neuer Flüchtlinge verhindern zu helfen sowie jenen, die bei uns um Asyl nachsuchen, menschlich zu begegnen.

2. Die FDP hält am Flüchtlingsbegriff, wie er in der zweiten Asylgesetzrevision vom Nationalrat gutgeheissen wurde, fest. Sie lehnt es strikte ab, wirtschaftlich motivierte Auswanderung mit politischer und religiöser Verfolgung gleichzusetzen. Sie unterstützt Massnahmen zur Beschleunigung und Vereinfachung des Asylverfahrens.

3. Die FDP erinnert daran, dass zu Beginn dieses Jahres in der Schweiz rund 30 500 anerkannte Flüchtlinge lebten. Das sind knapp ein halbes Prozent der gesamten Wohnbevölkerung unseres Landes. Diese Zahl ist gering und gibt keinen Anlass zu Beunruhigung. Sie ist zudem, gemessen an der Last, die andere Länder tragen – zum Beispiel Pakistan, wo drei Millionen Afghanen vor sowjetischen Gewehren Schutz suchen –, bescheiden.

4. Der starke Anstieg der Asylbewerber ist im wesentlichen auf eine Zunahme wirtschaftlich motivierter Gesuche zurückzuführen. Mit der zweiten Asylgesetzrevision kann die Attraktivität der Schweiz für diese Gesuchsteller vermindert und der bestehende Pendenzberg innert nützlicher Frist unter Berücksichtigung rechtsstaatlicher Grundsätze abgebaut werden.

5. Für die FDP ist unbestritten, dass die Kirchen in der langen Tradition des Asylwesens einen aktiven und positiven Beitrag geleistet haben, den die Partei zu würdigen weiss. Sie lehnt jedoch Eingriffe der Kirchen und ihrer Vertreter in den Ablauf des Asylverfahrens ab. In unserem demokratischen Rechtsstaat ist kein Platz für ein Kirchenasyl. Gegen die in einem rechtsstaatlichen Verfahren zustande gekommenen rechtskräftigen Entscheide gibt es kein Recht auf Widerstand oder auf zivilen Ungehorsam.

6. Die FDP erwartet, dass der Kampf gegen Schlepperorganisationen mit aller Härte geführt wird. Dabei ist mit andern betroffenen Ländern, insbesondere mit den Nachbarstaaten, zusammenzuarbeiten.

7. Das Asylverfahren an der Grenze und im Inland ist besser

zu regeln. Für die rechtmässige Einreise von Flüchtlingen sind Grenzübergänge zu bezeichnen.

8. Die FDP begrüsst die Bemühungen zur personellen Erfassung der Asylbewerber bei ihrer Einreise und während ihres Aufenthaltes. Sie erwartet entsprechende Anstrengungen auch bei freiwilliger Heimkehr oder Ausschaffung.

9. Die FDP unterstützt freiwillige Vereinbarungen der Kantone über eine gemessene interkantonale Verteilung der Asylbewerber. Wenn dieses Ziel auf freiwilliger Basis nicht erreicht wird, hat der Bund, gestützt auf die neuen Bestimmungen der zweiten Asylgesetzrevision, die Verteilung anzuordnen.

10. Sollte der Zustrom von Asylbewerbern weiterhin im jetzigen Ausmass anhalten, regt die FDP die Schaffung kantonaler und interkantonaler Aufnahmezentren an.

11. Die Frage der Arbeitsbewilligung hat nach Ansicht der FDP verschiedene, gegensätzliche Aspekte. Für den Asylbewerber bildet die Arbeitsmöglichkeit eine seelische Entlastung. Sie bringt ihm aber auch materielle Vorteile, was die Attraktivität der Schweiz als Asylland erhöht. Andererseits stösst sich die Bevölkerung sehr oft am Umstand, dass Asylbewerber nicht arbeiten und von der öffentlichen Fürsorge leben. Die FDP tritt dafür ein, dass die Frage der Arbeitsbewilligung bzw. des Arbeitsverbots in den Kompetenzbereich der Kantone zu legen ist; sie lehnt starre eidgenössische Vorschriften ab.

12. Die FDP verlangt eine konsequente Ausreise- und Ausschaffungspraxis. Abgewiesene Asylbewerber sind zur Ausreise anzuhalten und nötigenfalls auszuschaffen. Wo der Vollzug unterbleibt, ist zu prüfen, ob abgewiesene Asylbewerber an das Fremdarbeiterkontingent des verantwortlichen Kantons anzurechnen sind.

13. Die FDP erwartet, dass freiwillig zurückgekehrte oder ausgeschaffte Asylbewerber in ihrem Heimatland oder in ihrem Kulturkreis durch schweizerische Behördenvertreter oder Hilfswerke bei der Wiedereingliederung unterstützt werden.

14. Die FDP tritt für eine grosszügige Behandlung von Härtefällen ein. Dazu gehören unter Berücksichtigung ihrer individuellen Situation vor allem Gesuchsteller, die schon seit Jahren in der Schweiz ansässig sind, oder Familien, für welche eine Rückkehr mit Rücksicht auf ihre persönlichen Verhältnisse nicht mehr zumutbar ist. Diese Härtefälle sollen in Absprache mit den Kantonen bereinigt und die davon betroffenen Menschen einer «vorläufigen Aufnahme» in der Schweiz zugeführt werden.

15. Der Zustrom von Asylbewerbern aus der Dritten Welt nimmt mehr und mehr den Charakter einer Völkerwanderung aus Entwicklungsländern in die westlichen Industrieländer an. Die FDP verlangt daher, dass die Flüchtlingsaussenpolitik erheblich intensiviert wird. Die Bemühungen zur Unterbringung von Flüchtlingen in heimatnahen Staaten sind zu verstärken, und die humanitäre Hilfe der Schweiz ist vermehrt auf dieses Ziel auszurichten. Auch soll sich unser Land im Rahmen internationaler Organisationen verstärkt für derartige

Sondernummer der «Politischen Rundschau»

## Asylpolitik und Totalrevision der Bundesverfassung

An ihrem Parteitag beschäftigte sich die FDP der Schweiz mit der Asylpolitik sowie der Totalrevision der Bundesverfassung. Mit Blick auf diese Aussprachen wurden Materialien zusammengetragen. Diese sollen – zusammen mit den Referaten vom Parteitag und den Beschlussfassungen – in Sondernummern der «Politischen Rundschau», der von der FDP der Schweiz herausgegebenen Vierteljahresschrift, publiziert werden.

Bitte senden Sie mir

\_\_\_\_\_ Exemplare à Fr. 5.– «Politische Rundschau» zur Asylpolitik

\_\_\_\_\_ Exemplare à Fr. 5.– «Politische Rundschau» zur Totalrevision der Bundesverfassung

Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Talon bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

Projekte engagieren. Erforderlich sind auch Vereinbarungen auf europäischer Ebene und Kontaktnahme mit den Ausgangsländern der Flüchtlingsströme.

Die FDP plädiert in der Flüchtlingsfrage für Besonnenheit und Mässigung. Sie verkennt keineswegs, dass mit der Asylfrage Probleme verbundene sind. Aber es hilft nach ihrer Ansicht nicht weiter, wenn jetzt wenig differenziertere Extrempositionen und simplifizierenden Schlagworten nachgelaufen wird. Im Gegenteil. Die FDP appelliert daher an jeden einzelnen Bürger, das Flüchtlingsproblem sachlich zu beurteilen und Menschlichkeit auch dann zu zeigen, wenn es um Entscheide auf Stufe Kantone und Gemeinde geht. Denn auch die meisten jener Asylbewerber, die unsere Asylbedingungen nicht erfüllen, sind aus sozialer Not, ja aus existentieller Hoffnungslosigkeit in unserem Land. Die FDP erinnert daran, dass hinter jedem Dossier ein Mensch steht und dass auch die abgewiesenen Asylbewerber unser Verständnis verdienen.



### Rückblick auf Montreux

«Hinter jedem Dossier steht ein Mensch, und auch ein abgewiesener Asylbewerber verdient unser Verständnis.» – Dieser Satz bildet den Schluss eines Papiers, das ohne Gegenstimme von den Delegierten verabschiedet wurde und 15 Thesen zu einer humanitären, liberalen Asylpolitik mit Festigkeit beinhaltet. Beeindruckend war auch die ungeteilte Zustimmung zu der Rede unserer Bundesrätin Elisabeth Kopp. In deutlichen, von grosser Verantwortung geprägten Worten trat sie für ein Asylrecht ein, das als Recht des Staates

politisch oder religiös Verfolgten Schutz gewährt. Als zentrale Aussage wird mir folgender Satz in Erinnerung bleiben: «Es ist gefährlich, das ethische oder moralische Bewusstsein zum Massstab aller Dinge zu machen, denn es ist der Natur nach etwas Subjektives.» Die Ansichten unserer Bürger gehen ja in der Frage des Asylrechtes stark auseinander und reichen von der Gewährung des Kirchenasyls bis zum Angebot der persönlichen Ausschaffung von Asylbewerbern. Der gewaltige Anstieg der Asylgesuche hat innerhalb unseres Volkes zu Spaltungen geführt und Gräben aufgerissen zwischen politischen Gruppierungen, der Deutschschweiz und der Romandie, zwischen Kirchgängern und Pfarrern.

Ein grosser Teil der heutigen Asylbewerber sind Wirtschaftswanderer, die, aus dem armen Süden kommend, im gelobten reichen Norden eine neue Heimat suchen. Hunger, Überbevölkerung, Krieg, wirtschaftliche und soziale Not veranlassen sie, anderswo unterzukommen. Diese Gründe sind mehr als verständlich, reichen aber nicht aus, um den Anspruch auf Asyl zu erfüllen. Als Auslöser der 2. Asylgesetzrevision galt die Motion des freisinnigen Nationalrates Hans-Georg Lüchinger, die dem Bundesrat eine grössere Beweglichkeit zur Meisterung ausserordentlicher Situationen einräumen wollte.

Schon acht Monate nach Annahme der Motion legte Bundesrätin Kopp die geforderte Botschaft dem Parlament vor. Alle strittigen bundesrätlichen Anträge wurden mit nur einer Ausnahme vom Nationalrat gutgeheissen. In der Sommersession wird der Ständerat sich noch mit der Botschaft befassen müssen. Diese 2. Asylgesetzrevision hat bereits Früchte getragen, wurden doch weniger Gesuche eingereicht. Dass damit das weltweite Flüchtlingselend trotzdem bestehen bleibt, weiss auch die FDP. Sie fordert in ihren Thesen denn auch die Fortführung der humanitären Hilfe, um die Menschen in den heimatnahen Staaten unterbringen zu können. Der Gesamtaufwand der Schweiz im Rahmen der humanitären Hilfe für Flüchtlinge betrug im letzten Jahr 45 Millionen Franken. Beim Hochkommissariat der Uno für das Flüchtlingswesen steht die Schweiz im neunten Rang der Geberländer.

Die FDP Schweiz verlangt in ihren Thesen eine grosszügige Behandlung von Härtefällen. Individuellen Verhältnissen soll nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Es sind ja besonders die schon lange ansässigen Familien mit Kindern und einzelne Familienmitglieder, die von einer Ausweisung am härtesten betroffen werden. Weitere Klarheit der Marschrichtung des Bundesrates wird sicher auch die in einer Interpellation geforderte Parlementsdiskussion zur Flüchtlings-Aussenpolitik bringen. Lisa Ackermann-Hediger, FDP-Kantonsrätin, St. Gallen

**Unsere Spezialität:**  
Vermögensverwaltung –  
persönlich,  
leistungsbezogen,  
integral.

**Unsere Anlagepolitik:**  
Traditionell schweizerisch –  
weltweit orientiert.

**BANK VONTOBEL**  
Zürich

Bahnhofstrasse 3 · CH-8022 Zürich  
Tel. Bank: 01/488 71 11 · Tel. Börse: 01/211 82 70  
Telegramm: CAPBANK · Telex: 812306

## Neues aus der JBS

### Chance und Notwendigkeit einer BV-Totalrevision

Es wirkt ernüchternd, wenn am letzten Parteitag der FDP routinierte Parteipolitiker die Unterfangen der Totalrevision der Bundesverfassung als grausames Spiel bezeichneten oder gar mit einem zu lang gekochten Risotto verglichen. Diese Meinung vertritt Isabelle Häner (Affoltern a. A.), Mitglied der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS). Ihre Haltung begründet sie wie folgt:



Die eingangs gemachte Aussage wie auch andere apodiktische Bemerkungen gegen die Totalrevision machen offenkundig, dass viele FDP-Parlamentarier nicht bereit sind, das von freisinniger und liberaler Seite aufgegriffene Anliegen, das 1965 mit der Motion Obrecht und Dürrenmatt ins Parlament eingebracht wurde, zu unterstützen. Die geltende Verfassung ist aber seither, vor allem was die Aufgabenschreibung des Bundes und der Kantone betrifft, noch mehr zu einem Flickwerk geworden. Auch hat sich das 1964 von Max Imboden umschriebene «helvetische Malaise», worauf sich die Motion Obrecht bezieht, eher verstärkt. Die Staatsverdrossenheit, die Neigung, sich ins Privatleben zurückzuziehen, hat zugenommen. Solchen Tendenzen sollte jedoch entgegen gewirkt werden, weil sie letztlich eine Aushöhlung der Werte und Ideen des Gemeinwesens bewirken, die über die Interessen des Einzelnen hinausreichen. Auch zeigt sich eine gewisse Unzufriedenheit darin, dass die Zahl der Initiativen ständig ansteigt und sich soziale Bewegungen ausserhalb des traditionellen Parteiengütes breit machen. Die Totalrevision der Bundesverfassung bildet zumindest einen Weg, das «Malaise» zu überwinden.

#### Mängel der geltenden Verfassung

Die geltende Verfassung, die seit 1874 über 100mal geändert worden ist, vermochte sicherlich etliches zur Konfliktlösung beizutragen. Dennoch weist sie Lücken auf und stimmt mit der Verfassungswirklichkeit nicht mehr in allem überein. Der fehlenden Systematik wegen ist es dem Bürger

kaum möglich, sich einen Überblick über seine Rechte zu verschaffen. Um sich umfassend über die Grundrechte zu informieren, muss die Rechtsprechung des Bundesgerichts beigezogen werden. Die Kulturpolitik des Bundes kann sich nur ungenügend auf die Verfassung stützen. Auch lebt der Bund nach wie vor in einer provisorischen Finanzordnung.

Die Verfassung von 1874 stand unter dem Leitgedanken, den Wohlstand zu mehren, eine Rechtsvereinheitlichung herbeizuführen und die Armee zu zentralisieren. Diese Ziele sind inzwischen erreicht worden. Neue Probleme harren einer Lösung, wie zum Beispiel der Schutz der Umwelt oder das Verkehrsproblem. Doch fehlt in der Verfassung ein Konzept zu einer umweltgerechten Energie- oder Verkehrspolitik. Zudem setzt die Bewältigung dieser Aufgaben eine klarere Kompetenzordnung zwischen Bund und Kantonen voraus als dies heute der Fall ist.

Dem politischen Meinungsbildungsprozess mangelt es an

Transparenz, und die wesentlichen Entscheidungen sind heute vielfach dem demokratischen Verfahren entzogen. Deshalb sind die gegenwärtigen Entscheidungsstrukturen, im besonderen die Volksrechte, neu zu überdenken und die Teilnahme der Bürger am Entscheidungsprozess – im Sinne der schweizerischen demokratischen Tradition – dort zu ermöglichen, wo diese nachhaltig betroffen werden. Der Entwicklung vom Gesetzgebungs- zum Verwaltungsstaat sollte auch im institutionellen Bereich Rechnung getragen werden.

#### Den Gesamtzusammenhang herstellen

Die Verfassung als oberste rechtliche Grundordnung soll die Leitprinzipien festhalten, nach denen staatliche Aufgaben wahrzunehmen sind. Einerseits spiegelt die Verfassung einen Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit wider, andererseits soll sie aber in die Zukunft weisen und dem Bürger wie auch den Behörden eine Orientierung bieten. Dadurch, dass seit 1874 die zu lösenden Sachfragen lediglich punktuell aufgegriffen und behandelt wurden, indem man jeweils die Verfassung einer Partialrevision unterzog, ist der Gesamtzusammenhang zwischen den einzelnen Sachgebieten und Problemkreisen weitgehend verlorengegangen. Die Verfassung vermag aber ihren Beitrag zur Stabilität und Steuerung des Staatsgeschehens nur dann weiterhin zu leisten, wenn dieser Gesamtzusammenhang wiederhergestellt wird. Die Normen, welche die Staatsaufgaben formulieren, wie auch die Organisationsnormen sind wieder aufeinander abzustimmen und im Hinblick auf die gesellschaftliche Entwicklung, die seit 1874 stattgefunden hat, zu überdenken.

#### Chance einer Totalrevision

Zunächst geht es einmal darum, die Grundwerte unseres Staatswesens, die Freiheitlichkeit, die Demokratie, die soziale Gerechtigkeit und die Bundesstaatlichkeit, zu erhalten. Die Totalrevision bietet sich als Chance an, den Grundkonsens über diese Werte zu erneuern. Hinzu kommt, dass sich ein gewisser Wertwandel insbesondere bei der jüngeren Generation abzeichnet. Die Mehrung des materiellen Wohlstandes steht nicht mehr allein im Vordergrund. Lebensqualität ist genauso wichtig geworden. Dazu gehört in erster Linie der Schutz der Um-

Fortsetzung von Seite 1

suchte, um selbst abgewiesene Asylanten auszuschießen, und dass er schliesslich nicht einmal im Nationalratssaal präsent war, um seinen Rückweisungsantrag zur Asylgesetzreform zu begründen, waren nur Marksteine für die übliche selbstgereehte Arroganz seines Auftretens, die auch in den eigenen Reihen unangenehm auffiel.

Am 6. April schien zwar der Hauskrach durch eine Aussöhnung zwischen Oehen und Ruf mit Händedruck im Zentralvorstand der NA beigelegt. Aber der Friede war nur von kurzer Dauer. In der Berner NA garte es weiter, und schliesslich trat Oehen aus der Partei und aus der Fraktion aus.

#### Schon Schwarzenbach

Das öffentliche Austragen interner Hauskräche und Machtkämpfe und das Ausbreiten schmutziger Wäsche hat sozusagen Tradition in der NA. Nur wenige Monate nach der Abstimmung über «seine» Initiative war Schwarzenbach 1970 aus der Partei ausgetreten und hatte die Republikanische Bewegung gegründet. Sein Nachfolger, der Basler Grossrat Rudolf Weber, wurde ein Jahr später «wegen Unfähigkeit» abgesetzt. 1974 kam es mit Getöse zur Spaltung der gemeinsamen Nationalratsfraktion der NA und der Republikaner. Bereits ein Jahr später wurde einer der Vorkämpfer der dritten Überfremdungsinitiative, Hans R. Bachofner, aus der NA ausgeschlossen, der er «offenen Verrat» an ihrer Gründungsidee vorwarf. Vor einem Jahr wurde die sechste Überfremdungsinitiative von der NA eingereicht; aber bereits hat einer ihrer Gründer, Nationalrat Fritz Meier (Winterthur), gegen den Willen des Zen-

tralvorstands eine siebente, noch schärfere lanciert.

Alle diese Fälle, die fast nach Belieben ergänzt werden könnten, zeigen, dass die nationalistischen Überfremdungsparteien eine nicht geringe Zahl von politischen Sektierern in ihren Reihen aufweisen, die gebannt auf das eine Problem blicken und in ihrer Rechthaberei keine Kompromisse einzugehen gewillt sind. Die Gemeinsamkeit ihrer Überzeugungen konzentriert sich auf ein schmales Spektrum – der Versuch Oehens, der Umweltschutzpolitik ein grösseres Gewicht einzuräumen, hat sich nicht als Integrationsfaktor erwiesen. In Wirtschaft-, Finanz- und Sozialfragen differieren die Meinungen in ihren Reihen erheblich, und in vielen Fällen stimmen ihre Parlamentarier mit der Linken. Zudem fehlt es ihr an Persönlichkeiten im Parteikader, was häufig zu einem recht autoritären Führungsstil in ihren Reihen führte.

#### «Stimmungspartei»

Die Nationale Aktion hat immer dann Erfolge gehabt, wenn «ihr» Thema vielen Stimmberechtigten auf den Nägeln brannte. Um so wichtiger ist es, durch eine der liberalen und humanen Tradition unseres Landes verpflichtete, aber feste und konsequente Politik, wie sie von Bundesrätin Kopp und der FDP-Fraktion der Bundesversammlung vertreten wird, die Asylfrage zu lösen. Dass die Zahl der Asylgesuche im ersten Vierteljahr 1986 bereits um 36 Prozent gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres zurückgegangen ist, darf als einer der wichtiger Erfolge verbucht werden. Diese konsequente Haltung offener der Nationalen Aktion offenbar, innewohnende Hang zur Selbstzerfleischung lassen hoffen, dass sie ihren neuerlichen Höhepunkt bereits überschritten hat.

welt. Aber auch die Selbstentfaltung und die zwischenmenschlichen Beziehungen werden stärker gewichtet als das Bedürfnis nach noch mehr materieller Sicherheit. Die Totalrevision bietet weiter die Chance, sich mit diesem Wertwandel und Bedürfnis nach mehr qualitativem Wachstum auseinanderzusetzen und diese in Übereinstimmung mit den oben genannten Grundwerten in einer neuen Verfassung zum Ausdruck zu bringen. Insofern kann die Diskussion um eine neue Verfassung,

wenn sie offen geführt wird, auch integrierend wirken und zur inneren Stabilität beitragen. Die bewusste Zukunftsgestaltung gehört genauso zu den Führungsaufgaben des Parlamentes wie die Alltagspolitik. Gerade damit könnte das Parlament ein Stück Verantwortung auch gegenüber der Jugend wahrnehmen: Für die junge Generation wiederum ist die Totalrevision eine Chance und Herausforderung, am Entwurf und an der Gestaltung des künftigen Staates mitzuarbeiten.

# Exklusiv(r)echte.

Cigarillos geniessen in Kennerkreisen wenig Zutrauen. Das oft zu Recht. Denn das Verhältnis von Innengut zu Um- und Deckblatt kann bei kleinen Cigarren die Geschmacks-harmonie beeinträchtigen, da für eine ausgewogene Mischung kaum noch Raum bleibt.

Doch keine Regel ohne Ausnahme. La Paz Puritos beweisen das. Werden sie doch mit besonderer Sorgfalt nur aus Tabaken der allerbesten Ernten der weltberühmten Provenienzen aus Havana, Brasil, Java und Sumatra mélangiert. Gehaltvoll und doch mild, sind sie die Spitzencigarillos des Connaisseurs. Selbstverständlich naturrein und ohne künstliche Geschmackszutaten. Mit erstaunlich langer Rauchdauer. Eben so, wie Cigarillos sein sollen. Denn echte Geniesser suchen das Exklusive.

Wir von La Paz richten uns danach.



Cigarros Autenticos.



Puritos von La Paz in 20er-Blechdosen zu Fr. 9.-. Nur im guten Fachhandel.

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

Ghaddafi steht im Zentrum

## Naher Osten: Tummelplatz terroristischer Organisationen

Der Nahe Osten wimmelt geradezu von radikalen terroristischen Organisationen, die entschlossen sind, ihre politischen Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Gemeinsam ist diesen Gruppen eines: Sie möchten die bestehenden sozialen und politischen Strukturen beseitigen. Auslandredaktor Jacques Baumgartner beleuchtet das Umfeld dieser Organisationen:

In ihrer neuen Ordnung, die die Terroristen an die Stelle der geltenden Strukturen setzen wollen, haben weder Israel noch die als gemässigt bezeichneten arabischen Staaten einen Platz. Die Ziele der Terroristen decken sich wiederum mit jenen der radikalen arabischen Staaten. Das ist der Grund, weshalb diese Staaten die Terroristen unterstützen, ihnen Gastrecht gewähren, sie in speziellen Lagern von Spezialisten ausbilden und trainieren lassen. Der Nahe Osten ist die Hauptquelle nicht nur des regionalen, sondern auch des internationalen Terrorismus. In den letzten Jahren hatten 35 Prozent der «Zwischenfälle» ihren Ursprung im Nahen Osten. 1985 stieg dieser Anteil auf 45 Prozent oder 378 «Zwischenfälle».

### Zwei Hauptkategorien

Im Nahen Osten werden zwei Hauptkategorien von Terroristen unterschieden:

Fanatische Palästinenser, von denen die meisten sich von der Hauptströmung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) unter Yasir Arafat getrennt haben. Sie handeln vielfach direkt gegen die Arafat-PLO. Diese Palästinenser werden von Syrien, Libyen oder Iran unterstützt. Schiitische Eiferer aus verschiedenen arabischen Ländern, vor allem aus Libanon. Diese sind von Iran inspiriert und werden von diesem Staat ausgebildet, bewaffnet und finanziert.

Die Ziele des nahöstlichen Terrorismus sind, wie angeführt, Israel, gemässigte arabische Regierungen – Ägypten, Jordanien, Kuwait, Saudiarabien, oppositionelle Libyer im Ausland –, westliche Regierungen und deren Bürger, besonders die Vereinigten Staaten.

Der amerikanische Präsident, Ronald Reagan, hat den Terroristen mit den gezielten Luftbombardements am 15. April auf Tripolis und Benghasi in die Hände gespielt. Zumindest kurzfristig! Ihnen, den Terroristen, ist an weiteren solchen militärischen Schlägen gelegen. Auf diese Weise bietet sich die ideale Gelegenheit, Reagan als Galionsfigur des Staatsterrorismus darzustellen (ins selbe Horn stossen auch die Sowjets als indirekte Co-Sponsoren der Terroristen).

Den Terrorgruppen ist jedes Mittel, auch das grausamste, recht, um ihre Ziele zu erreichen. Sie vermeinen, ihrem Ziel näher zu kommen, wenn es ihnen gelingt, einzelne Regierungen zu umstrittenen Aktionen gegen den Terrorismus zu provozieren. Des-

halb drängen die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten, endlich eine gemeinsame Abwehrfront zu bilden (sie wird zustande kommen).

### Bildung eines Anti-Afghanistan?

Nach den amerikanischen Schlägen für Muammar el-Ghaddafi dürften sich kurzfristig die terroristischen Anschläge häufen. Möglicherweise nicht mit Westeuropa als Zielscheibe, da dies nur die Bildung einer gemeinsamen westlichen Abwehrfront beschleunigen würde.

Es ist denkbar, dass sich der internationale Terrorismus vorübergehend nach Latein- und im besondern nach Zentralamerika verlagert. So könnten die Vereinigten Staaten zu direkten militärischen Aktionen provoziert werden – mit Vorliebe gegen das marxistische Regime der Sandinisten in Nicaragua. Träte dieser Fall ein, dann könnte auf den grossen Hintermann des internationalen Terrorismus geschlossen werden. Denn nichts wäre dem Kreml letztlich genehmer, als wenn es ihm beispielsweise gelänge, in Zentralamerika gewissermassen ein Anti-Afghanistan zu schaffen...

### Auch Ägypten im Visier

Ägypten unterhält seit 1979 einen Friedensvertrag mit Israel. Den Friedensschluss musste der damalige ägyptische Staatspräsident, Anwar es-Sadat, 1981 mit seinem Tod bezahlen. Extremisten ermordeten ihn. Die «regionalen» Terroristen wollen die Nahost-Karte neu zeichnen. Auf dieser Karte hat der jüdische Staat keinen Platz.

Nun sind die Vereinigten Staaten der wichtigste Verbündete (und gemäss Abkommen auch strategischer Partner) der Israeli. Wenn es gelingt, die Amerikaner ganz allgemein in internationale, besser nahöstliche Konflikte zu verwickeln, dann dürfte es leicht fallen, sie als araberfeindlich darzustellen (mit ein Grund, weshalb die Amerikaner nach dem Bombenanschlag am 23. Oktober 1983 auf das Hauptquartier ihres Kontingents der Multinationalen Friedensstruppe in Beirut aus Libanon abzogen).

Ein anderer, unmittelbarer Weg, um zum Ziel zu gelangen, bestünde darin, Ägyptens Staatspräsident Hosni Mubarak zu Fall zu bringen. Die ägyptische Wirtschaftslage ist äusserst prekär. Die Regierung in Kairo etikettiert sich nach aussen hin gerne als «blockfrei», ist aber derzeit an eine jährliche amerikanische

Wirtschafts- und Militärhilfe von 2,3 Milliarden Dollar gebunden.

Die fundamentalistischen Fanatiker erhalten in Ägypten Zulauf. Im Februar probten Rekruten der Bereitschaftspolizei zu Tausenden den Aufstand. Mubarak steht auf Treibsand, und weitere Schwierigkeiten und Bewährungsproben stehen ihm und seinem Regime bevor. Auch Ägypten ist im Visier der nahöstlichen Terroristen.

So wird heute in Kairo vermutet, hinter dem Anschlag zu Aprilanfang auf die amerikanische TWA-Passagiermaschine (vier Tote) stünden entweder palästinensische Terroristen oder der syrische Geheimdienst. Das Motiv: der ägyptische Frieden mit Israel sowie die prowestliche Einstellung der ägyptischen Regierung. Der neuartige, kaum zu entdeckende, bisher bei keinem Terroranschlag benutzte Sprengstoff soll in tschechoslowakischen oder DDR-Laboratorien entwickelt worden sein.

### Terrorismus und Tourismus

Es ist nahezu sträflich falsch zu glauben, der Terrorismus sei ausschliesslich als ein amerikanisches Problem zu betrachten. Er ist auch ein westeuropäisches. Die Vereinigten Staaten sind einerseits wegen ihrer Position als mächtigstes Land der Welt als Ziel der Terroristen ausgewählt worden. Und andererseits weil die Ansicht vorherrscht, dass die Politik der USA das Handeln in anderen Staaten mitbestimmt. Deshalb ist es für Terroristen attraktiv, amerikanische Ziele anzugreifen.

Der nahöstliche Terrorismus hat – als Nebeneffekt – negative Auswirkungen auf den Tourismus. Besonders auf jene aus den Vereinigten Staaten. Die westeuropäischen und nahöstlichen (nordafrikanischen) Anrainer-

### Lager in Libyen

Der libysche Diktator Muammar el-Ghaddafi unterstützt sozusagen alle «Befreiungsbewegungen» – optisch linke und rechte –, die von sich behaupten, mit «revolutionärer Gewalt» gegen «Imperialismus» und «Neokolonialismus» zu kämpfen.

Auf einer «Internationalen Konferenz des Internationalen Zentrums für den Kampf gegen den Imperialismus» am 15./18. März in Tripolis liess er sich von den «240» anwesenden «revolutionären Organisationen und Befreiungsbewegungen aus 80 Ländern» zum «Führer des revolutionären Kampfes gegen Imperialismus, Zionismus, Rassismus, Reaktion und Faschismus» küren...

Direkt unterstützt Ghaddafi, wie westliche Experten vermuten, 50 extremistische, terroristische Gruppen und vierzig Regierungen. Die Terroristen werden nicht von Libyen ausgebildet, trainiert. Dieses Geschäft besorgen «Instruktoren» aus Syrien, der DDR, Kuba und Nordkorea sowie «kampferfahrene» Palästinenser. Es wird geschätzt, dass derzeit etwa 7000 junge Männer und Frauen in zehn Lagern in Libyen, je einem im Tschad und auf den Seychellen (im Indischen Ozean) in Terrorismus ausgebildet und gedrillt werden.

staaten des Mittelmeers haben letztes Jahr schätzungsweise über eine Milliarde Dollar im Tourismusgeschäft verloren. Die Verluste werden dieses Jahr noch grösser sein. Dies bedeutet einen gewichtigen Schlag für die Fremdenverkehrsindustrie in Westeuropa und im Nahen Osten. Vor allem für Staaten, die diese Einnahmen aus wirtschaftlichen Gründen benötigen: Italien, Griechenland, Spanien, Ägypten, Tunesien usw.

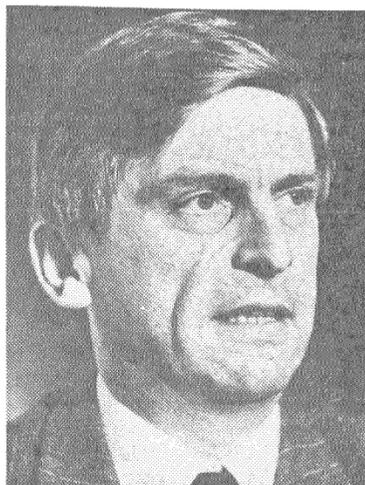
## Zum FDP-Parteitag



Über die Realisation des Parteiprogrammes orientierte Ständerat Prof. Dr. Riccardo Jagmetti, der sich zudem bereit erklärt hatte, das Präsidium der Programmkommission zur Erarbeitung der «Zielsetzungen 87/91» zu übernehmen. Zur Wertung der Arbeit der FDP hielt der Zürcher Ständerat fest:

«Die FDP hat sich häufig sehr früh gründlich mit einem Fragenkreis befasst. Umwelt, Energie, Asylpolitik, Stellung der Kantone und Demokratie sind dafür Beispiele. Partei und Fraktion sind dann aber vielfach nicht als Hauptpromotoren neuer Ideen in Erscheinung getreten, sondern haben anderen, die es weniger genau nahmen, diese Rolle überlassen. An der Erfüllung der Aufgabe war die FDP dann wieder gestützt auf ihre Vorarbeiten massgebend beteiligt. Die Debatte über die Waldschäden ist dafür ein Beispiel neben an-

dern. Wir dürfen aber ruhig in Zukunft auch als Promotoren in Erscheinung treten, nicht einfach um mehr Vorschriften oder mehr Staatsaufgaben zu erwirken, sondern um die Probleme unserer Zeit und der Zukunft anzupacken und nach unserem freiheitlichen Konzept zu lösen.»



Ulrich Pfister hatte jene Arbeitsgruppe der FDP der Schweiz präsiert, die einen eigenen Entwurf für eine neue Bundesverfassung präsentierte. Am Parteitag in Montreux erläuterte er die Beweggründe, die zu diesem Vorschlag führten, und stellte ihn kurz vor. – Sein Referat wie jenes von Ständerat Jagmetti sowie Nationalrat Couchepin soll in einem Sonderheft der «Politischen Rundschau» veröffentlicht werden. Einen Bestellatlon finden Sie in dieser «Freisinn»-Ausgabe.

### Bisherige Haltung bekräftigt

#### FDP-Fraktion vor Verabschiedung einer finanz- und steuerpolitischen Standortbestimmung

Mittelfristig ist der Haushalt des Bundes auszugleichen. Dieses Ziel muss im Rahmen der bestehenden Fiskalbelastung erreicht werden. Dies verlangt die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung in Grundsätzen für eine freisinnige finanz- und steuerpolitische Standortbestimmung, die in einer weiteren Aussprache konkretisiert werden soll. Die von Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH) geleitete Fraktion bekräftigt damit ihre bisher eingenommene Haltung. Sie will diese jedoch mit Blick auf die bevorstehenden Finanz- und Steuerdebatten verdeutlichen.

Die FDP-Fraktion verlangt, dass in der Ausgabenpolitik klare Prioritäten zugunsten der zentralen Bundesaufgaben gesetzt und Wünschbares besser vom Unerlässlichen unterschieden wird. Sie fordert die dau-

ernde Überprüfung bestehender Bundesaufgaben auf ihre Berechtigung hin, eine Stabilisierung der Staatsquote sowie eine Verflachung des Ausgabenwachstums. Die bestehenden Strukturängel bei direkten und indirekten Steuern sind zu eliminieren oder zu mildern.

Die daraus entstehenden Ausfälle sind bei der direkten Bundessteuer nicht im Rahmen dieser Steuer zu kompensieren; bei den indirekten Steuern müssen Kompensationen – soweit notwendig – im System der indirekten Steuern gefunden werden. Allfällige Verursacherabgaben sind aus dem Landesindex der Konsumentenpreise auszuklammern. Nach Ansicht der freisinnigen Fraktion ist eine weitere Verlagerung im Steueraufkommen zulasten der direkten Steuern mit Rücksicht auf die Kantone zu verhindern.

## Kennen Sie ihn?

Den praktischen FDP-Windblouson? Er begleitet Sie überall hin. Denn er kann auf kleinstem Raum zusammengerollt werden und findet in seiner eigenen Tasche Platz. Ein Elastic-Traggurt macht das Ganze wirklich perfekt. Der FDP-Windblouson eignet sich auch als Not-Regenschutz.

Senden Sie mir von den FDP-Windblousons à Fr. 20.– (plus Anteil Porto und Verpackung):

- \_\_\_\_\_ Stück Grösse S (schmal)
- \_\_\_\_\_ Stück Grösse M (mittel)
- \_\_\_\_\_ Stück Grösse L (gross)
- \_\_\_\_\_ Stück Grösse XL (extra gross)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Talon bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

### Voranzeige für ein SVFF-Seminar

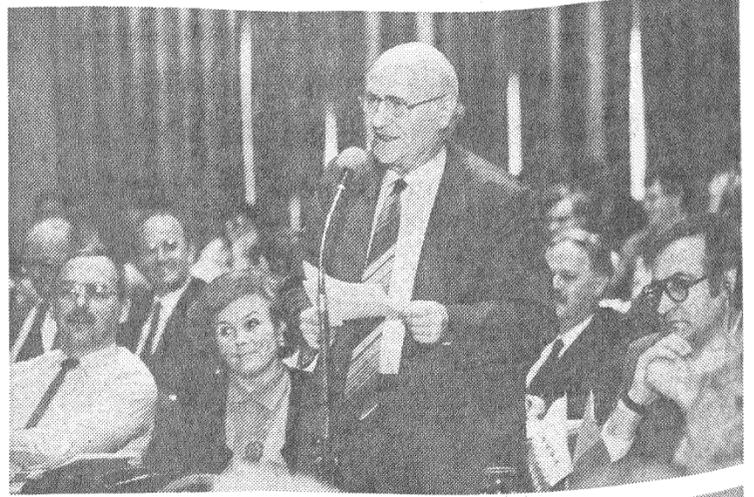
Frau und Arbeitswelt: Wandel und Konstanten

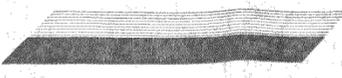
26./27. September 1986; Freitag, 16.00 Uhr – Samstag, 15.00 Uhr, Hotel Bellevue, 2032 Magglingen

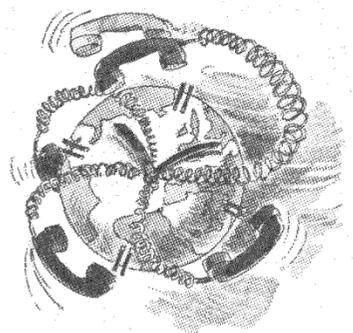
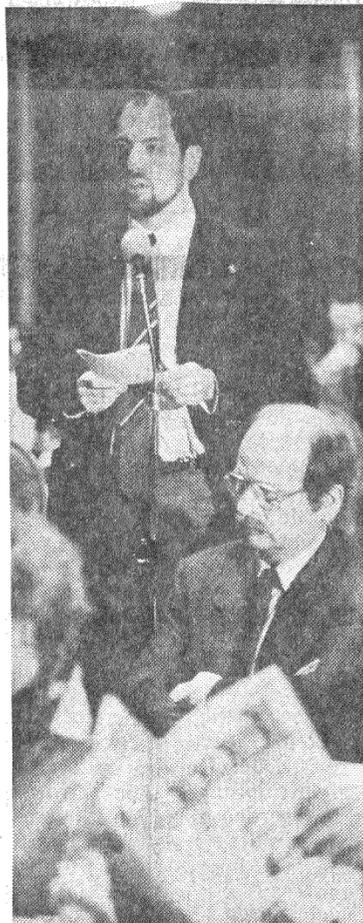
Diese Tagung setzt sich zum Ziel, das Wissen um die gesellschaftspolitischen Auswirkungen des Wandels in der Arbeitswelt zu vertiefen und deren Einflüsse auf die heutige und zukünftige Stellung der Frau zu überprüfen. Die Tagung richtet sich an politisch interessierte und aktive Frauen.

Das Seminar-Programm und der Anmeldetalon werden im «Freisinn» vom Juli/August 1986 publiziert.

Schweizerische Vereinigung der freisinnig-demokratischen Frauen  
Kommission politische Ausbildung



  
**Montreux 1986**  
 Bildimpressionen  
 vom Parteitag der FDP der Schweiz.  
 (Photos ruti)



**WIR KAUFEN UND VERKAUFEN  
 DEVISEN. RUND UM DIE UHR UND  
 RUND UM DIE WELT.**

*Bei Devisengeschäften zählen oft Sekunden und immer die bessere Information.  
 Dass wir dabei die Nase vorn haben, ist das Geheimnis der Fine Art of Banking.*

**JBcoB**  
**BANK JULIUS BAR**  
 THE FINE ART OF BANKING  
 Zürich London New York